



aber in Betracht; der mitwirkenden Umstände be- greiflich. Daß er nicht anders ausgefallen ist, liegt an den Gehilfen selbst, welche das Schieds- gericht gar nicht benutzten, weil für sie nach unfrer Beurteilung des ganzen Vorkommnisses der Schieds- spruch erst in letzter Linie in Betracht kam.

Suchen wir daher Licht und Schatten gleich- heitlich zu verteilen, dann werden auch die Schieds- gerichte in erwarteter Weise funktionieren, dann werden sie mit zum Werkzeuge zur Herbeiführung geordneter tariflicher Zustände. Möchte es einem Teil unserer Kollegen erspart bleiben, später zum Schaden der Organisation die Früchte ihrer Negati- on zu ernten.

## Korrespondenzen.

**Charlottenburg.** Wir geben hiermit unseren Lesern bekannt, daß die hier selbst in „Bismarckshöhe“ an einem der letzten Sonntage abgehaltene Volksversammlung, die sich speziell mit der Ausbeutung jugendlicher Arbeiter in den hiesigen Buchdruckereien beschäftigte, nach einem Referate des Genossen Werke folgende Reso- lution einstimmig annahm: „Die heute in „Bismarckshöhe“ tagende Volksversammlung spricht den Unter- nehmen Stadtrat Gerg, Minch und Jäger & Heine- mann wegen ihrer erbarmungslosen Ausbeutung jugend- licher Arbeiter ihre . . . . .“ aus und erklärt, daß für sie sorgen, daß speziell die Leistungen dieser Druckereien aus den Arbeiterkreisen verschwinden; auch sollen Druckerarbeiten an diese nicht vergeben werden.“ Ferner wurde von mehreren Kollegen Protest erhoben, daß man ihnen als Mitglieder des neu gegründeten „Kulturvereins“ die „Gesundheitskarte“, die in einem dieser Musterbetriebe hergestellt wird, als Vereinstoggen ausgetrockneten wolle, welchem sich die Versammlung anschloß.

**B-d. Hamburg-Altona.** Außerordentliche Genera- lversammlung am Sonntag dem 8. November 1896 in Lütjens Etablissement. Vorsitzender Frdr. Erdm. Schulz eröffnete die trotz der wichtigen Tagesordnung nur von etwa 200 Mitgliedern besuchte Versammlung und gab zum ersten Punkte der Tagesordnung: Vereinstiftungen, folgendes bekannt: Am 8. November habe beim Pen- danten Demuth ein Kassensturz stattgefunden, wobei alles in bester Ordnung befunden wurde. — Seit der letzten Versammlung sind fünf Kollegen in den Verein auf- genommen worden. — Infolge der Buchbinderbewegung sind einige Kollegen in Mitleidenchaft gezogen und zwar bei Tren & Co. in Ottenfen, zwei Mitglieder unfrer Vere- ins und zwei Nichtmitglieder, die Kollegen Hampel und Künzel; letztere, deren Aufnahmegeßuch kürzlich wegen un- tarifmäßigen Arbeitens abgelehnt worden war, wurden, da sie für Vertiefung der Arbeitszeit eingetreten, nunmehr aufgenommen. Ebenfalls sind aus demselben Grunde bei Repler Rasfolger in Ottenfen zwei Mitglieder ent- lassen worden. Der erste Punkt wurde hiermit vertagt und in den zweiten Punkt der Tagesordnung: Antrag des Vorstandes: Entlassung des ersten Schriftführers Kollegen Paul Wendtschneider, event. Auffstellung von Kan- didaten eingetreten. Der Vorsitzende gab kurz die Gründe an, welche den Vorstand zur Einbringung dieses An- trages veranlaßt, indem er hervorhob, Kollege B. sei im Dienste Gahls und der W.-B. tätig, er arbeite gegen die Beschlüsse der Generalversammlung, ein Zusammen- wirken mit den anderen Vorstandsmitgliedern innerhalb des Vorstandes sei daher unmöglich. B. sei als Vorstands- mitglied auch leicht in der Lage, interne Angelegenheiten des Verbandes im Interesse der Opposition in die Deszent- lichkeit zu tragen; schon aus diesem Grunde sei nach An- sicht des Vorstandes ein gedehliches Zusammenarbeiten nicht angängig. Kollege Jakobfen bestritt dem Vorstande das Recht, einen derartigen Antrag zu stellen, da Kollege B. ein Bergehen bis jetzt nicht nachgewiesen werden konnte, der Vorstand verstärke die Gegenseite durch solche Maßnahmen und stärke dadurch die Reihen der Opposition. Der Vorstand wolle die freie Meinungsäußerung be- schränken, sei unterwürdig nach unten, brutal nach unten. Demselben müsse ein Mißtrauensvotum ausgestellt werden. (Die letzteren Wallen ließ der Vorstand mit Gleichmut über sich ergehen, verwarpte sich aber entschieden gegen den Vorwurf, „er wolle die freie Meinungsäußerung beschränken.“) Im selben Sinne jedoch in sachlicherer Weise, sprachen die Kollegen Döhl, Blume, Endres und Runge wiederholt gegen den Vorstandsantrag. Kollege Jakobfen brachte folgende Resolution ein: „Beantworte, dem Vorstande des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona wegen seines Verhaltens in der Angelegenheit gegen den Mißtrauensvotum auszusprechen“, zog dieselbe jedoch im Laufe der Debatte zurück. Kollege Wendtschneider be- kämpfte den Antrag mit ungehörigen folgen den Äußerungen: „Man sei an Ueberraschungen im Buchdruckerleben gewöhnt. Döhl habe Gahls zu Gefängnisstrafe verurteilen lassen, weil er nicht geneigt war, die Herausgabe der W.-B. einzustellen. In ähnlicher Weise jetzt gegen ihn von Seiten des hiesigen Vorstandes vorgegangen

werden. Die Sache sei von Döhl in inszeniert, derselbe hätte kürzlich einen hierauf bezüglichen Brief an den hiesigen Vorstand geschickt. Man habe, trotzdem er bis- her seine Pflicht als Vorstandsmitglied nicht verletzt, die Unterschrift zu einer längeren Resolution verlangt mit folgender seltener abgegebener Erklärung: „Ich werde nach wie vor den Birkularen des Zentralvorstandes Rech- nung tragen“, sei man nicht zufrieden gewesen, auch habe man ihn erlucht, seinen Posten freiwillig niederzulegen, was er natürlich verweigerte. B. schloß mit der Auf- forderung: Meine Kollegen! bieten Sie nicht die Hand zu diesem Gewalttate. Kollege Wabersky gab den Inhalt des von B. beregten Briefes, soweit er ihm im Gedäch- tnisse, bekannt, welcher sich nicht mit den Äußerungen B.s deckt. Vorsitzender Schulz erklärte, da er verreiselt war, bis zur Vorstandsitzung am beschlossenen Sonntage von dem Briefe keine Kenntnis gehabt zu haben. (Die Erklärung wird mit lebhaftem Gelächter begrüßt.) Kollege Andreas empfiehlt die Annahme des Antrages; niemand könne zweien Herren dienen; wer noch jetzt zu Gahls halte, könne unmöglich die Beschlüsse der Generalversammlung respektieren. Kollege Demuth hält die Annahme des Vorstandsantrages für notwendig; Kollege B. habe sich fortwährend auf den Standpunkt gestellt, zu thun und zu lassen was ihm beliebt, ein gedehliches Zusammen- wirken mit B. sei nicht möglich. Derselbe habe vor einiger Zeit über die Ränge seiner Vorstandscollegen hin- weg eine sog. Protestversammlung einberufen, sei nach Leipzig zu einer Zusammenkunft der Opposition gereist, anstatt einer am selben Tage in Hamburg abgehaltenen wichtigen Vorstandsitzung bezuzuwohnen und seine ihm von der Kollegenchaft aufgetragenen Pflichten zu erfüllen; er habe erklärt, Beschlüsse, welche ihm nicht gefallen, wolle er nicht zur Ausführung bringen, man habe daher in der letzten Vorstandsitzung folgende Erklärung ver- langte: „Bendtschneider erklärt zu Protokoll, nach wie vor als Gauvorstandsmitglied den Beschlüssen der Genera- lversammlung und den Anordnungen des Zentralvor- standes zu entsprechen, auch Birkulare des Zentralvor- standes stets als Vertrauenssache zu behandeln und dieselben auch nicht auszugswelse anderweitig zu verwerten.“ Diese habe Kollege B. verweigert mit der Motivierung, daß dann alle anderen Vorstandsmitglieder genannte Erklä- rung zu Protokoll geben müßten! Es sei daher die heutige Versammlung einberufen, um die Frage ent- scheiden zu lassen, ob B. sich als Gauvorstandsmitglied den Beschlüssen der Generalversammlung zu fügen habe, ob sich fünfzehn Personen einer oder eine Person fünf- zehn zu unterwerfen hat. Nachdem noch Wabersky darauf hingewiesen, daß B. eine kürzlich in Leipzig ausgearbeitete in der W.-B. veröffentlichte Resolution mitunterzeichnet, welche direkt ausprüche, den Beschlüssen unfrer Genera- lversammlung entgegenzuarbeiten, und B. daher konse- quenterweise aus dem Gauvorstand ausscheiden müsse, nimmt Kollege B. das Schwupwort und protestiert noch- mals entschieden gegen seine Amtsentsetzung, indem er bestritt, gegen irgendwelche Beschlüsse gearbeitet zu haben. Nehme man diesen Antrag an, so werde er in Hamburg überhaupt unmöglich; schon jetzt könne er schwer Konkussion bekommen und nur deshalb, weil er für seine Kollegen eingetreten und seine Meinung frei geäußert habe. Die hierauf nach etwa zweistündiger, zum Teil erregter Debatte vorgenommene Abstimmung ergibt die Ablehnung des Vorstandsantrages mit 140 gegen 48 Stimmen. Das Resultat der Abstimmung wird mit jubelndem Beifall entgegengenommen. So spüender Frdr. Erdm. Schulz erklärt, unter diesen Umständen sein Amt als Präses des Vereins nicht mehr führen zu können und erucht, ihn zu suspendieren. Weiter teilte derselbe mit, daß die übrigen Vorstandsmitglieder ge- äußert, sich ihm solidarisch zu erklären. Der Bi- zepräses G. Wabersky, der zweite Schriftführer A. Bauer- feld sowie der Kandidat A. Demuth legen hierauf gleich- falls ihr Amt nieder, letzterer mit der Bemerkung, auf seine ihm statutengemäß zustehende Kündigungsschrift ver- zichten zu wollen. Auch der Obmann des Aufsichtsrates R. Haberland erklärt sich im Namen seiner Kollegen im Aufsichtsrate mit den Vorstandsmitgliedern solidarisch. Sämtliche Amtsniederlegungen werden mit lebhaftem Bravo begrüßt. Kollege Benz (Kontraktleur) bezeugt die Haltung seiner Vorstandscollegen, glaubt dasselbe Ver- trauen der Allgemeinheit zu genießen wie bei seiner Wahl und erklärt, sein Amt weiterzuführen. — Zum nächsten Punkt übergehend, bewilligte die Versammlung ohne Debatte 500 Mk. zur Disposition des Vorstandes. — Ein Antrag des Kollegen Wendtschneider, den in der Bewegung stehenden Buchbindern 300 Mk. zu überweisen, wird abgelehnt, nachdem vom Vorstande die Mitteilung erfolgt, daß den Buchbindern schon vor längerer Zeit der Rat erteilt, falls sie in Geldverlegenheit, sich an uns zu wenden, solches bisher jedoch noch nicht geschehen sei. — Ein weiterer Punkt der Tagesordnung: Interpretation des § 42 des Ortsstatuts, wird dahingehend erledigt, daß auch, obgleich der erste Passus des § 42 Zweifel zuläßt, den Unablen beim Sterbefall ihrer Frau das übliche Sterbegeß ausgezahlt wird. — Zum Punkte: Bericht vom Gewerkschaftskomitee gaben die Kollegen Schulz und Wendtschneider einige kurze Mitteilungen über die Tätig- keit des Kartells seit der letzten Versammlung; dieselben sind schon in der Tagespresse des näheren erörtert. Nach- dem noch Kollege Gargendorf die Anregung gegeben hatte, in Zukunft die jährliche Namensliste der Mitglieder alpha- betisch geordnet und den früher üblichen Wochenzettel wieder herauszugeben, trat Schulz der Versammlung 2 1/2 Uhr ein.

\* **Hamburg.** In der letzten Versammlung unfrer Vereins haben alle Vorstandsmitglieder bis auf zwei demissioniert. Die Ursache dazu ist die Nichtzustimmung zu der vom Vorstande beantragten Entlassung des ersten Schriftführers. Man mag über die taktische Seite der Sache denken wie man will, eines steht fest: es ist ein unerquickliches Verhältnis für die Vorstandsmitglieder, im Vereine mit einem Kollegen den Beschlüssen der Generalversammlung Rechnung tragen zu sollen, welcher wiederholt und öffentlich erklärt hat, diese Beschlüsse der obersten Instanz seien für ihn nicht maßgebend. In der- selben Versammlung wurde auch von einem Redner die sogenannte Opposition als die „Trägern des Vereinst- lebens“ hingestellt; von der „Elite“ der Buchdrucker hört man ja auch sonst öfter sprechen. Man muß diesem Hinweis eine teilweise Berechtigung zuerkennen; ich sage teilweise, weil ein regelmäßiger Versammlungs- besucher in den Reihen der Oppositionellen eine ziemlich Anzahl Kollegen sieht, die sonst auch nicht regelmäßig kamen, aber meist dann, wenn es ein bißchen „lebhaft“ zu werden versprach. Kollegen! Es gilt für die Zukunft zu zeigen, daß auch derjenige Teil der Mitglieder Inter- esse am Vereinstleben hat, welcher mit den gegebenen Thatfachen rechnet. In der W.-B. werden in einem Artikel, welcher mit der dröhnenden Einleitung: „Die Würfel sind gefallen!“ beginnt, die Gesinnungsgenossen aufge- fordert, in der nächsten Generalversammlung zwecks Kan- didatenauffstellung, zahlreich zu erscheinen. Wer aber wirklich mit ein „Träger des Vereinstlebens“ sein will, dem darf es doch nicht auf eine Ueberrumpelung an- kommen, sondern er müßte zum zahlreichem Besuche der Versammlung überhaupt auffordern, damit der Wille der Mehrheit zum Ausdruck kommt. Dies kann man aber freilich am zweckmäßigsten nur im Corr. Die Würfel sind nun freilich noch nicht gefallen, sondern erst im Rollen; die nächste Versammlung soll entscheiden, ob in unfrer Vereinstleben der Wille der Mehrheit maßgebend sein soll oder derjenige einer kleinen Minderheit, welche sich über die nun einmal gegebenen Verhältnisse glaubt mit einigen eleganten Sprüngen ihrer kühnen Phantasie hinwegsetzen zu können. Zu einem regen Vereinstleben gehören Alle. Und darum, Kollegen — ob nun der „Opposition“ oder der „Anti-Opposition“ zugehörig — erscheint zahlreich in der nächsten Versammlung, damit die Würfel richtig fallen.

**Donaubr. (Nichtigstellung.)** Der in Nr. 131 des Corr. veröffentlichte Bericht über die hiesige Bezirks- versammlung bedarf bezüglich des Verhaltens der W.-A. Firma F. C. Haag nach der mir von zuständiger Stelle gewordenen Aufklärung einer näheren Erläuterung. Da- nach hat die genannte Firma nur deshalb um die Ber- ginstimmung des § 33 des Tarifs nachgesucht, um ihn nicht leistungsfähigen Kräften gegenüber anwenden zu können, im übrigen wird Jeder seinen Leistungen ent- sprechend streng tarifmäßig bezahlt. Von dem „tarif- lichen Recht“ des ermäßigten Winterums ist nur in einem Falle Gebrauch gemacht mit der ausdrücklichen Zusicherung, daß nach Ausweis der Leistungsfähigkeit eine höhere Bezahlung erfolgen werde. Eine lokale Handhabung des verwirkten Redites läßt auch der Um- stand erhellen, daß einige Tage vor Erscheinen des an- gezogenen Artikels zwei Kollegen zu 21 Mark eingestuft worden sind, wodurch auch die etwaige Bekart der Kor- respondenz, sämtliche Neueingestellte würden mit 18 Mark entlohnt, widerlegt ist. Des weitern behauptet die Firma, dem Personale keine Alternative gestellt zu haben, dies beruhe auf einem Mißverständnis. Da die Druckerei in Welle zu den mustergültigsten unfrer Bezirks gehört und sich unter der rechtigen Leitung des Herrn P. W. Weber nicht allein durch vorzügliche Arbeiten, sondern auch durch eine seine Kulanz auszeichnet, wodurch sie sich neben einem ungeheuren Aufschwung auch einen guten Namen erworben hat, halte ich vorstehende Darstellung für „gentlemanlike“. Möge die Druckerei wie bisher so auch immerdar eine Hochburg des Verbandes sein und bleiben. — Bei dieser Gelegenheit sei mir die Bemerkung ge- stattet, daß, um „Recht und Billigkeit“ wahren zu lassen, es des Ansehens um Gewährung des ominösen § 33 wohl nicht bedürft hätte; kein rechtlich denkender Gehilfe verlangt von einem Prinzipal anderes als eine seinem „Können“ entsprechende Entlohnung.

**H. Brodmeyer, Bez.-Vorst.**  
Nürnberg, 19. November. (Telegr.) Die Forderung der 20 Kollegen der Dffizin Joh. Brendow & Sohn auf Einführung des 1896er Tarifs wurde Dank der Ein- mütigkeit der Kollegen und eines verbindlichen Entgegen- kommens der Firma bewilligt.

**Stuttgart.** Nach dem Bericht im Corr. in Nr. 129 beabsichte es Herr Hildenbrand, in der allgemeinen Buchdrucker-Versammlung vom 11. Oktober meine auf der Generalversammlung des Verbandes in Halle gemachte Äußerung über ihn und die Schwäbische Tag- wacht als Unwahrheit zu bezeichnen. Demgegenüber bleibe ich bei meiner Behauptung. Ich habe sie bereits ohne jede Aufforderung in der Mitgliedschafts- versammlung vom 25. Juni bei Gelegenheit der Bericht- erstattung begründet (da die Generalversammlung mir die Zeit nicht zuließ) und sagt der Versammlungsbericht in Nr. 91 des Corr. hierüber: „Redner motivierte sodann seinen . . . der hiesigen Schwäbischen Tagwacht gemachten Vorwurf, daß auch diese zu den Parteiblattern gehöre, welche nur einseitig über die Bewegung, sogar in Einzel- fällen wider besseres Wissen, die Unwahrheit berichtet haben und begründete dies mit Ausschnitten aus ge-

\*) Nicht aus vorgelegten Gründen gestrichen werden. D. 8.



nannter Zeitung.“ Diese Auschnitte, deren Inhalt mit der Wahrheit kollidiert, konnten doch nicht abgelehnt werden und erklärte darauf Herr Hildebrand, daß er durch verschiedene andere Vorkommnisse zu dem Glauben gekommen sei, wie er ihn in der Tagwacht niedergelegt. Warum also heute das Geschrei? Uebrigens fährt die Schwäbische Tagwacht fort, alljährliche Vorkommnisse im Arbeiterleben, sobald sie die Buchdrucker betreffen, in der tendenziösesten Weise zuzustutzen und auszubauschen; schöpft sie doch neuerdings ihre Weisheit auch aus der aus anständigen Kreisen hinausgeworfenen Buchdrucker-Wacht.

Moritz Schröter.

**Zur Richtigstellung.** In der letzten Frankfurter Versammlung sprach ich den Wunsch aus, daß im nächsten Vereinsberichte die in der Generalversammlung in Halle seitens der Herren Carl Dominé und Böblin gemachten unwahren Angaben in der meine Sache betreffenden Angelegenheit berichtigt werden sollten, was aber nur bez. Böblins geschah (s. Nr. 130), während meine gegen den hiesigen Gauvorsteher gemachte Anschuldigung gänzlich unberührt wurde. Demgegenüber fühle ich mich genötigt zu erklären, daß es mir unbegreiflich ist, wie Herr Dominé in genannter Versammlung die Dreistigkeit haben konnte, auszusprechen, ich wäre verschiedene Male krank gewesen und hätte Krankengeld bezogen, während ich thatsächlich in fraglicher Periode weder eine Stunde krank war noch Krankengeld bezogen habe; im Gegenteil war ich stets feierzählendes Mitglied. Man sollte doch glauben dürfen, daß an beratenden Plätzen und bei solch wichtiger Angelegenheit, wo es sich um eine dringende Unterstützungssache handelte, alles das, was vorgebracht und beschlossen wird, auch auf wahrer Grundlage beruht und aus bester Ueberzeugung geschieht und nicht nur Worte, dazu auch noch unwahre in allen Teilen, gesprochen werden, bloß um eine Rede mehr geleistet zu haben. Ober aber ist es Herrn D. wegen persönlicher Feindschaft nur darum zu thun gewesen, gegen meine Sache, deren Wiederaufnahmeverfahren ich hierauf beantragen werde, Stimmung zu machen bei den Delegierten, deren Abstimmung gegen mich auch nur der unrichtigen Darstellung meiner Sache durch ihn zuzuschreiben ist? Willh. Wollenbach.

## Rundschau.

### Buchdruckeri und Verwandtes.

Die internationale Widerstandskasse hat viel von dem romantischen Zauber verloren, mit dem man sie noch vor wenigen Wochen in einzelnen Verbänden umgab. Unsterblich dem Wesen einer solchen Institution durchaus sympathische Auffassung konnte und nicht abhalten, aus praktischen Gründen und unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Errichtung dieser Kasse kein günstiges Prognostikon zu stellen. Auch der Schweizer Verband, der mit zu den rückhaltlosesten Befürwortern dieser Kasse gehört, wird bei seiner am 19. November stattgefundenen Urabstimmung über die Widerstandskasse ein sehr geteiltes Resultat erzielen. Daß auch dort mehr und mehr eine praktische Auffassung durchsickert, geht aus einer kürzlichen Korrespondenz an der Spitze der „Welt- und Typographia“ hervor, deren Verfasser folgende rechnerische Momente ins Feld führt: „Gestzt nun den Fall, die Widerstandskasse beginnt ihre Wirksamkeit am 1. Januar 1897 und es zählen sämtliche Verbände (mit etwa 48000 Mitgliedern) während 3 Jahren die statutarischen Beiträge von Fr. 1,20 pro Jahr und Mitglied, so hat die Widerstandskasse am Schluß des Jahres 1899 einen Barbestand von etwa Fr. 170000. Nebenbei bemerkt darf also während dieser 3 Jahre in keinem Verband ein Streik ausgebrochen sein. Da die Statuten vorschreiben, daß Fr. 50000 als unangreifbarer Reservefonds dienen sollen, so beträgt demgemäß am 31. Dezember 1899 die zur Streikunterstützung verfügbare Summe Fr. 120000. Lassen wir jetzt beispielsweise einmal den deutschen Verband mit seinen 22000 Mitgliedern in eine Streikbewegung eintreten, die von allen übrigen Verbänden genehmigt ist. Nehmen wir ferner an, daß von 22000 deutschen Kollegen 12000 die aufgestellten Forderungen bewilligt bekommen und also nur noch 10000 zu unterstützen wären, so beanspruchten diese 10000 deutschen Kollegen aus der internationalen Widerstandskasse eine tägliche Unterstützung von Fr. 15000 laut Statuten. Innerhalb acht Tagen wäre in diesem Falle die Widerstandskasse mit ihren Fr. 120000 geleert. — Doch halt — jetzt müssen alle übrigen dem internationalen Verband angehörenden Organisationen eine wöchentliche Extrastreuer von 50 Cts. pro Mitglied leisten. Qui? Nehmen wir weiter, 48000 Kollegen gehören dem internationalen Verband an, 10000 davon streiken, es bleiben also noch 38000 beitragspflichtig, das macht wöchentlich Fr. 19000 Extrastreuer. Da nun die 10000 streikenden deutschen Kollegen wöchentlich Fr. 105000 Unterstützung beanspruchen, Fr. 19000 aber im günstigsten Falle nur einbringen, so kommen wir zu einem Defizit von Fr. 86000 pro Woche. Wer bezahlt dieses? Wo bleibt da die internationale Widerstandskasse?“ — Der betr. Verfasser bestreitet, „unter den jetzigen Verhältnissen und auf Grundlage der aufgestellten Statuten“ mit Recht die Lebensfähigkeit dieser Kasse und schreibt bezüglich des deutschen Buchdruckerverbandes und dessen Stellungnahme zur Widerstandskasse: „Wenn man aber dem deutschen Verband resp. der deutschen Verbandsleitung den Vorwurf

des Egoismus macht, weil sie sich gegenüber der Widerstandskasse unter den jetzigen Verhältnissen ablehnend verhält, so beweist dies eben nur, daß man sich mit dieser sehr wichtigen Angelegenheit nur oberflächlich beschäftigt hat, ohne auf den innern Kern einzugehen. — Will man unter den jetzigen Verhältnissen etwas erreichen, so ist dies nur durch eine Aenderung der Statuten möglich, d. h. Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Unterstützung. Da aber eine Statutenänderung nicht mehr möglich ist, wird die internationale Widerstandskasse ein totesgeborenes Kind sein.“ — Der Verfasser kommt somit fast zu demselben wörtlichen Schlußfolgerungen, welche wir in dieser Angelegenheit äußerten. Doch ist der Versuch zur Gründung dieser Kasse nicht als ein verlorener zu betrachten, vielmehr werden namentlich an der Hand der hiesigen wie darüber ausgetauschten Meinungen in der Zukunft mehr als bisher praktische Erwägungen geltend gemacht werden, und damit kommen wir am besten zum Ziel im Interesse einer internationalen Verbindung der organisierten Buchdrucker.

Das Stedenpferd der rheinisch-wissenschaftlichen Prinzipale, ein Sondertarif, hat nach den uns gewordenen Mitteilungen die zweifelhafte Ehre, das Licht der Welt erblickt zu haben. Da uns positives Material noch nicht vorliegt, so wollen wir die gerüchtelten Verlautbarungen vorläufig noch nicht zum Gegenstand unserer Betrachtungen wählen. Jedenfalls ist ein rheinischer Sondertarif der Prinzipale ein sehr geeignetes Mittel, den Nichtmitgliedern im Rheinland die Augen über die Rechte- und Billigkeitsanforderungen ihrer Arbeitgeber zu öffnen.

**Mitgliederfang.** In Darmstadt waren zwei Kollegen so unvorsichtig, sich nach den Leistungen des Gutenbergbundes zu erkundigen. In der nächsten Nummer des Typographen glänzten die Namen der Neuglieder unter den Aufnahmegefechten, obwohl sie das ihnen überreichte Aufnahmeformular vorzüglich in der Tasche behielten. Einer Einladung an die „geehrten Herren Nichtverbandsmitglieder“ behufs Gründung eines Ortsvereins, die ein Mitglied des Gutenbergbundes in Darmstadt losließ, folgten ganze acht Mann, die aber auch nicht betraten.

Aus Oesterreich. Im Vorwärts wird die Stelle eines zweiten Beamten des Verbandes ausgeschrieben, der in Gemeinschaft mit dem Verbandssekretär zu arbeiten hat. Als Bewerber sind nur Mitglieder eines Verbandsvereins zugelassen. Anfangsgehalt 19 fl. wöchentlich. Aus den eingehenden Offerten werden vom Verbandsvorstand eventuell drei Kollegen vorgeschlagen und diese den Mitgliedern aller Verbandsvereine zur Urwahl präsentiert. — In Agram beschloß eine Generalversammlung, vom 1. Januar nächsten Jahres ab ein Vereinsorgan in kroatischer Sprache herauszugeben. Ein solches bestand schon vor Jahren, konnte sich aber nicht halten. — Der Geschäftsführer der Firma Mural in Budweis, Sohn der Besitzerin, klagte gegen fünf Gehilfen, welche die Arbeit eingestellt, und verlangte, dieselben zur Wiederaufnahme der Arbeit anzuhalten und außerdem zu bestrafen. Die Bezirkshauptmannschaft wies die Klage ab, weil Kläger sich gegenüber den Beklagten einer groben Ehrbeleidigung schuldig gemacht — er hatte sie Lumpengesindel und verlotterte Gesellschaft genannt — und die Firma in Bezug auf den Normaltarif eine wesentliche Vertragsbestimmung nicht eingehalten, indem sie sieben statt der ihr zukommenden zwei Gehilfen einstellte. Die Gehilfen seien deshalb zur Arbeitsentlassung ohne Kündigung berechtigt gewesen. Nun haben die Gehilfen wegen Ehrbeleidigung und auf Auszahlung von 14 Tagen Lohn geklagt. — In Saaz ist ein Konflikt ausgebrochen. — Ein Konflikt in Regsgow (Galizien) wurde durch Annahme des Normaltarifs seitens des Herrn Arday erledigt.

Am 23. Oktober wurde der Gründer des Partiser Korrektoren-Syndikats, Louis Foremby, ehemals beim Rappel beschäftigt, zur letzten Ruhestätte gebracht.

### Vereine, Kassen usw.

Aufgelöst wurde in Dresden eine Zimmererversammlung aus nicht zu erkennenden Gründen. Eine zweite Versammlung, welche über die Auflösung diskutierten und event. über eine Beschwerde Beschluß fassen wollte, wurde ebenfalls aufgelöst. Das gleiche Schicksal hatten zwei Versammlungen in Rostock und Schwerin. In der ersten sprach der Referent über den Maximalarbeitszeit in den Bäckereien; als er ausführte, daß es gerade die Konservativen und Nationalliberalen gewesen, die gegen die betreffende Bundesratsverordnung Front gemacht, da erfolgte die Auflösung, weil das Politisch. In der zweiten gestiel dem Ueberwachenden nicht, daß der Referent über die Armee Friedrichs II. und das Offizierkorps der damaligen Zeit sprechen wollte. — Ein neunzehnjähriger Maler in München hat 20 Tage Fast zu verbüßen, weil er, als Winderjähriger, drei Versammlungen besucht und dem Ueberwachenden nicht, daß der Referent über die Armee Friedrichs II. und das Offizierkorps der damaligen Zeit sprechen wollte. — Ein neunjähriger Maler in München hat 20 Tage Fast zu verbüßen, weil er, als Winderjähriger, drei Versammlungen besucht und dem Ueberwachenden nicht, daß der Referent über die Armee Friedrichs II. und das Offizierkorps der damaligen Zeit sprechen wollte. — Ein neunjähriger Maler in München hat 20 Tage Fast zu verbüßen, weil er, als Winderjähriger, drei Versammlungen besucht und dem Ueberwachenden nicht, daß der Referent über die Armee Friedrichs II. und das Offizierkorps der damaligen Zeit sprechen wollte. — Ein neunjähriger Maler in München hat 20 Tage Fast zu verbüßen, weil er, als Winderjähriger, drei Versammlungen besucht und dem Ueberwachenden nicht, daß der Referent über die Armee Friedrichs II. und das Offizierkorps der damaligen Zeit sprechen wollte.

Die Schlichterorganisationen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz haben bezüglich der Reiseunterstützung — vom 1. November geltend — eine Gegenseitigkeit abgeschlossen dergestalt, daß die Mitglieder der einzelnen Landesvereine bei mindestens dreimonatlicher Mitgliedschaft nach den in diesen drei Ländern gültigen

Satzungen Reiseunterstützung beziehen können, welche von den Vereinen am Schluß jeden Kalenderjahres gegenseitig verrechnet wird.

### Arbeiterbewegung.

Die Redaktion der Raumannschen „Zeit“ hat in Sachen des Berliner Lithographen- und Steindrucker-Streiks ihre Vermittlung an, wurde aber von der Vereinigung der Unternehmer abgewiesen, während die Arbeiter sich eventuell zur Annahme bereit erklärten.

Ein geplanter Streik der Schauerleute in Hamburg wurde durch Erhöhung des Mindestlohnens von 4,20 auf 4,50 Mk. gegenstandslos.

In Dresden streikten auf einem Neubau (Unternehmer Schneider) 16 Maurer wegen Lohnkürzung, in Peggau die Arbeiter der Schuhfabrik Dietrich um Lohn-erhöhung, Entlassung eines Werkmeisters und Wiedereinstellung zweier Gemahregeltes, in der mechanischen Weberei Salach bei Göttingen gegen 100 Arbeiter wegen Lohnkürzung, in Solingen die Schlichter, Brot- und Gemüsemesser-Maker bei denjenigen Fabrikanten, welche die neue Lohnliste noch nicht anerkannten.

### Gestorben.

In Berlin am 20. Oktober der Gelehrte Georg Heise, 29 Jahre alt — durch Erstickung; am 27. Oktober der Korrektor Waldemar Luttermann, 53 Jahre alt — Herzschlag; am 29. Oktober Karl Rehm, 46 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

### Briefkasten.

Mühlheim a. Ruhr: 4,50 Mk. — E. R. in München: 3,50 Mk. — D. in Bremen: 0,90 Mk. — Solingen: Eine Postkarte, Schweizerbergen gesandt betreffend, ist ohne Unterschrift hier eingegangen. Bitten um Angabe des Namens. — Rheinland-Westfalen: Den Herren Eisenbergern der Berichte über allgemeine Buchdrucker-Versammlungen zur gest. Kenntnisnahme, daß, soweit solche bis jetzt eingegangen sind, dieselben erst in nächster Nummer gebracht werden können. Wir eruchen sowohl aus tatsächlichen Gründen wie auch des Raumes halber um möglichst knappe Stimmungsberichte, welche sich in der Hauptsache auf Resolutionen und reine Thatsachen beschränken. — H. B. in Darfinghausen: Die gewünschte Adresse können wir Ihnen leider nicht angeben, Sie mögen sich zu diesem Behuf an Herrn Ewald Müller in Essen (Ruhr), Severinstraße 61, wenden. — Von den Herren Gajch und Schatz gingen uns Einwendungen bezüglich des Inhaltes zu, welche wir erst in nächster Nummer bekannt geben können.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung.

Infolge der Bewegung zur Durchführung des 1896er Tarifs und um Bezug nach Deutschland zu verhindern, sind die Herren Reiskassenerwalter der Grenzzahlstellen angewiesen worden, vom 21. d. M. ab bis auf weiteres Reiseunterstützung an aus dem Auslande zureisende gegenseitige Mitglieder nicht mehr auszugeben.

Die resp. Vorstände der gegenseitigen Vereine sowie die Grenzzahlstellenerwalter des österreichischen Verbandes sind hiervon (letzte bereits am 16. November) in Kenntnis gesetzt worden.

Der Verbandsvorstand.

**Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.** Versammlung Sonntag den 22. November, vormittags 11½ Uhr, in Lütjes Etablissement, Valentinsdamp. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Entlassung von 14 Vorstandsmitgliedern (Namen siehe örtliches Zirkular) und Auffüllung von Kandidaten; 3. Bewilligung von 500 Mark zur Disposition des Vorstandes; 4. Den § 13 des Statuts umzuändern in die Fassung vor dem 18. März 1894.

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.** Die Herren Reiskassenerwalter und Bezirksschlichter werden darauf aufmerksam gemacht, daß von nun an Vorstände auf Reiskassenerwalter von unsrer Verwaltung nicht mehr in Abzug gebracht werden. Selbstnennungen an den Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer sind stets an den Verwalter Herrn Franz Stolle zu adressieren. — Die Arbeitslosigkeit in Berlin nimmt infolge des starken Zuzuges von Arbeitkräften während der Gewerbeausstellung nach erfolgter Schließung derselben jetzt immer mehr und mehr zu. Wir eruchen daher die Herren Verbandsfunktionäre, die Kollegen vor Bezug nach Berlin zu warnen.

**Bezirk Opyeln.** An Stelle des bisherigen Vorsitzenden, der sein Amt als solcher niederlegte, wurde auf der letzten Bezirkversammlung der Kollege Franz La Doux, Rosenbergerstraße 17 gewählt. Gelder sind nach wie vor an Kollegen Hoffmann, Malapanerstraße 25, zu senden.

